

Wirtschaftssprecher Themessl:

„Belastungen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber ist einzige Vision von SPÖ/ÖVP“

Rot-Schwarzes Regierungsprogramm ist wirtschaftsfeindlich

Für die Wirtschaft ist dieses Regierungsprogramm weder innovativ noch zukunftsweisend, so das Fazit von FPÖ Industrie- und Wirtschaftssprecher, NAbg. Bernhard Themessl, der glaubt, dass mit diesem Unternehmenskonzept jeder Unternehmer in den nächsten 4 Jahren Pleite gehen würde.

Im Regierungsprogramm ist zwar an vielen Stellen zu lesen, dass der Faktor Arbeit entlastet und die Beschäftigung weiter forciert werden solle. Umgesetzt wird anscheinend jedoch genau das Gegenteil, denn die 0,15 Prozent-Erhöhung der Krankenkassengebühren - eine deutliche Belastung für die Arbeitnehmer und Arbeitgeber - entspreche keiner Lohnnebenkostensenkung. Nebenbei sei auch erwähnt, dass dies keinesfalls die Motivation

der KMUs fördert, neue Mitarbeiter einzustellen.

Aber auch die Autofahrer würden von der neuen Regierung überproportional und aufs neuerliche massiv belastet, denn neben der Erhöhung der Mineralölsteuer werden sämtliche Gebühren - dazu zählt auch die Vignette - künftig jedes Jahr automatisch an die Inflation angepasst. Durch diese Maßnahme sind auch zehntausende Handelsreisende, Vertreter, Marktstandler usw. massiv von der Belastungsoffensive der Regierung betroffen. Insgesamt bedeutet dies rund 300 Millionen Euro Mehrbelastung für die Autofahrer.

Für die Transportwirtschaft komme es noch schlimmer, da diese auch noch eine deutliche Mauter-



höhung zu spüren bekomme. Die Senkung der Kfz-Steuer ist dagegen nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Die Mauterhöhung wird schlussendlich auch jeden einzelnen, durch entsprechende Preiserhöhungen, treffen.

Abschließend merkte Themessl enttäuscht an, dass das Regierungsprogramm insgesamt sehr allgemein gehalten sei und keinerlei neue Ideen oder Visionen eingebracht wurden. Es werde an altbekannten Zöpfen festgehalten und neue innovative Impuls gebende Konzepte erst gar nicht diskutiert beziehungsweise ausprobiert.

RFW für Einführung eines Teilzeitkrankenstandes!

In die Jubelmeldung der VGKK, dass im Ländle jeder Arbeitnehmer nur 10 Tage im Jahr im Krankenstand ist, kann der RFW-Landesobmann und Vizepräsident der Wirtschaftskammer Vorarlberg, Ing. Edi Fischer, nicht einstimmen. Im Gegenteil, diese hohe Anzahl an Krankenstandstagen und Krankmeldungen sind gerade für die mittelständische Wirtschaft kaum zu ertragen, schließlich geht dieser Schaden an der Volkswirtschaft fast ausschließlich zu deren Lasten.

Trotz leichtem Rückgang ist die Zahl der Krankenstandstage für die Wirtschaft noch viel zu hoch!

Fischer dazu: „Die Wirtschaft hat ihre Hausaufgaben längst gemacht, wie

der enorme Rückgang der Arbeitsunfälle zeigt. Was man aber nicht in Griff bekommt, sind die Freizeitunfälle sowie die großzügige Handhabung der Krankenstandsverschreibungen einiger Ärzte. Allein der Ärzteschaft den schwarzen Peter zuzuschieben, ist aber der falsche Weg, schließlich sind ihr vom Gesetzgeber die Hände gebunden, da dieser das Modell des Teilzeitkrankenstandes nicht kennt.“

Dieses Modell würde volkswirtschaftlich aber durchaus Sinn machen, schließlich bedeutet Krankenstand nicht gleichzeitig auch völlige Arbeitsunfähigkeit. Zeitlich begrenzte Tätigkeiten, die nicht des Gesun-

dungsprozess beeinträchtigen, sollten jedermann zumutbar sein. Langzeitausfälle gerade nach Unfällen und Operationen könnten so für beide Seiten entschärft werden, denn mit der Einführung des Teilzeitkrankenstandes hat auch der Arbeitnehmer die Möglichkeit, sich im Rahmen der ärztlichen Unbedenklichkeit am Arbeitsprozess zu beteiligen. Durch die im Teilzeitbereich erbrachten Leistungen, könnten für den RFW-Landesobmann, VP Ing. Edi Fischer, die Zahl der Krankenstandstage erheblich reduziert werden, was zu einer weiteren Entlastung des Gesundheitssystems, aber auch der Wirtschaft führen würde.